

Österreich will nicht zum Impfen zwingen

26.12.2015 | 18:11 | Von Erich Kocina (Die Presse)

Die Durchimpfungsrate in Österreich ist im internationalen Vergleich sehr niedrig.

76 Prozent. Mit diesem Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft sind, liegt Österreich im internationalen Vergleich nicht gut. Zum Vergleich: OECD-weit sind es 94 Prozent, Deutschland hält bei 97, die USA liegen bei 91 Prozent. Was für Österreich durchaus ein Problem ist, denn der Impfschutz ist nur dann ausreichend gegeben, wenn die Durchimpfungsrate entsprechend hoch ist – nur dadurch entsteht eine sogenannte Herdenimmunität, durch die auch jene Menschen geschützt werden, die sich nicht impfen lassen (können).

Kein Wunder also, dass im Windschatten einer deutschen Debatte auch in Österreich heftig über die Krankheit und die Immunisierung dagegen diskutiert wurde. Dort wurde nämlich, nachdem in Berlin eine heftige Masernwelle grassiert hatte, über eine Impfpflicht debattiert. Mit ein paar Tagen Verspätung musste auch Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) über das Thema sprechen. Wobei sie gleich klarstellte, dass sie eine Impfpflicht nicht für sinnvoll erachtet. Man setze darauf, dass Ärzte die Menschen darüber aufklären, dass es klug sei, sich impfen zu lassen. Allein, die Begeisterung für die Immunisierung hat in den vergangenen Jahren eher nachgelassen. Einer zwei Jahre alten Studie der Karl-Landsteiner-Gesellschaft zufolge sehen sogar 57 Prozent der befragten Eltern mit Kindern unter 13 Jahren die empfohlenen Impfungen kritisch. Vier Prozent lehnen sie komplett ab.

Eltern sehen es locker. Ein Problem dürfte darin bestehen, dass die heutige Elterngeneration selbst kaum mit den Folgen schwerer Infektionskrankheiten zu tun hatte – eben deswegen, weil die Impfprogramme in ihrer Kindheit griffen. Und darin, dass sie eine mögliche Erkrankung daher locker sehen.

Eine Impfpflicht findet auch in der Politik kaum Fürsprecher. Der Tenor der Parteien geht in Richtung Aufklärung, auch um Skeptiker von der Sinnhaftigkeit des Impfens zu überzeugen. Abgesehen davon sieht man im Gesundheitsministerium auch kaum eine Chance für eine Verpflichtung – weil das eine Beschneidung von Grundrechten bedeuten würde. Und doch gab es im Lauf des Jahres noch einen Vorstoß in diese Richtung – allerdings nur auf kleinerer Ebene.

So empfahl die Bioethikkommission im Bundeskanzleramt, dass sich Ärzte und Pflegepersonal gegen ansteckende Krankheiten impfen lassen müssen. Unter anderem, weil diese Gruppe besonders oft mit gefährdeten Menschen zu tun hat. Aber es gehe auch um eine Vorbildwirkung. Allerdings: Die Stellungnahme des Expertengremiums hat nur empfehlenden Charakter.

© DiePresse.com